

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -	<b>Drucksache</b> <b>DS0637/03</b>	<b>Datum</b> 17.09.2003
<b>Dezernat II</b> <b>FB 02</b>		

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Ö	N	Beschlussvorschlag		
				angenommen	abgelehnt	geändert
Der Oberbürgermeister	30.09.2003		X	X		
Rechnungsprüfungsausschuss	28.10.2003	X				
Finanz- und Grundstücksausschuss	19.11.2003	X				

<b>beschließendes Gremium</b> Stadtrat	04.12.2003	X		X	
---	------------	---	--	---	--

beteiligte Ämter	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		[X]
	KFP		[X]

**Kurztitel:**

Jahresabschluss 2002 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB)

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA, Wirtschaftsberatung AG, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2002 der AQB zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der AQB werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss 2002 mit einer Bilanzsumme von 3.244.827,51 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.087.383,05 EUR festzustellen,
  - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.087.383,05 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Zuschüssen in Höhe von 2.121.582,31 EUR zu verrechnen,
  - die Rückführung der nicht verrechneten Zuschüsse der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 34.199,26 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
  - der Geschäftsführerin, Frau Ursula Fahtz, sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2002 Entlastung zu erteilen,
  - die WIBERA, Wirtschaftsberatung AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2003 zu bestellen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X
	<b>X</b>					

Gesamtkosten/Gesamteinnahmen der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgelasten ab Jahr	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt		Verpflichtungs- ermächtigung		Finanzplan / Invest. Programm	
veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr mit Euro	davon Vermögens- haushalt im Jahr mit Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro
Haushaltsstellen	Haushaltsstellen				
	Prioritäten-Nr.:				

<b>federführendes</b>	Sachbearbeiter	Unterschrift FBL
<b>Amt</b>	Herr Koch/5402255	Herr Eisermann

<b>Verantwortlicher</b>	Unterschrift	Herr Czogalla
<b>Beigeordneter</b>		

## **Begründung**

Dem Jahresabschluss der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) wurde für das Geschäftsjahr 2002 von der WIBERA, Wirtschaftsberatung AG, Niederlassung Magdeburg, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungs-Instrumentariums und der Geschäftsführertätigkeit ergab keine wesentlichen Beanstandungen.

Die Anzahl der in der AQB Beschäftigten nahm im Jahresdurchschnitt (gegenüber 2001) leicht ab, durchschnittlich waren 2002, einschließlich Fachkräfteprogramm, 972 MitarbeiterInnen in der Gesellschaft beschäftigt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 25 MitarbeiterInnen.

Das Geschäftsjahr 2002 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.087.383,05 EUR ab.

Die AQB ist eine ABS-Gesellschaft mit 100 %iger städtischer Beteiligung.

## **Auswirkungen des KontraG auf die Abschlussprüfung**

Das am 1. Mai 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wird erstmalig für die Geschäftsjahre ab 1999 angewandt. Zielsetzung des KonTraG ist u.a. die frühzeitige Erkennung von Risiken oder Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder die Vermögens-, Ertrags- oder Finanzlage wesentlich beeinträchtigen. Weitere Ziele liegen in der Verbesserung der Kontrolle durch den Aufsichtsrat und der Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Abschlussprüfer. Entsprechend der auf Grundlage des KonTraG geänderten §§ 317, 321 und 322 HGB ist eine erweiterte Berichterstattung im Prüfungsbericht sowie im Bestätigungsvermerk vorgesehen.

Die Prüfung hat sich insbesondere auf das Erkennen von Unrichtigkeiten und Gesetzesverstößen zu erstrecken. Im Prüfbericht sind Ausführungen darüber zu machen, ob bei der Durchführung der Prüfung Unrichtigkeiten, Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, Tatsachen, die die Entwicklung des Unternehmens wesentlich beeinträchtigen können oder schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter gegen Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafterbeschlüsse festgestellt wurden.

Der formelhafte Bestätigungsvermerk wurde abgeschafft. Nunmehr enthält der Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB neben einer Beschreibung von Gegenstand, Art und Umfang auch eine Beurteilung des Prüfungsergebnisses. Auf Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, wird gesondert eingegangen.

Entsprechend dieser neuen Vorschriften wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2002 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) geprüft und der Bestätigungsvermerk formuliert.

## **Grundsätzliche Feststellungen des Abschlussprüfers**

In der Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter werden nachfolgende Aussagen getroffen:

„Die Geschäftsführung kennzeichnet einleitend die allgemeine Entwicklung des Geschäftsverlaufes für das Geschäftsjahr 2002 und geht dann auf die generelle Zielerreichung ein.

Die Beurteilung des **Geschäftsverlaufes** der AQB enthält zwei Kernaussagen:

- Das Geschäftsjahr 2002 war erfolgreich.
- Das Ziel, langzeitarbeitslose Magdeburger mit hohen Vermittlungshemmnissen zu integrieren, wurde erreicht.

Die Aussagen der Geschäftsführung zur **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage** der Gesellschaft behandeln folgenden Schwerpunkt:

- Im Geschäftsjahr 2002 war die Finanzierung der Arbeitsprojekte durch die zum Verlustausgleich bereitgestellte Summe i.H.v. 2.122 Tsd. EUR sichergestellt.

Die wesentlichen **Risiken der künftigen Entwicklung** der Gesellschaft werden wie folgt aufgeführt:

- Durch die Einführung der Hartz-Gesetze „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ besteht das Risiko, dass die bisherigen Maßnahmen der Arbeitsförderung wie ABM und SAM nicht mehr fortgesetzt werden. Die Planungssicherheit hat sich verschlechtert.

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet wäre, unter der Voraussetzung, dass die Gesellschafterin die Jahresfehlbeträge der Gesellschaft auch weiterhin ausgleicht.“

## Analyse des Jahresabschlusses 2002 im Vergleich zum Vorjahr

### 1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Position Sonstige betriebliche Erträge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (17.897,6 Tsd. EUR) um 350,1 Tsd. EUR auf 18.247,7 Tsd. EUR. Hierbei handelt es sich um:

	2002 (Tsd. EUR)	2001 (Tsd. EUR)
- Erträge aus vereinnahmten Fördermitteln	17.097,0	16.890,6
- Erträge NAM	219,9	139,7
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1,0	32,5
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	91,4	87,4
- Erträge Möbel-Hausrat-Service (Wertstoffhof)	746,7	694,1
- Erträge Altmöbel (Wertstoffhof)	7,1	7,3
- Zuschüsse Dritter	37,3	5,5
- Erträge aus Versicherungserstattungen	16,9	17,0
- Private Pkw-Nutzung	7,3	7,2
- Erträge Schrott, Suppentafel, Secondhandshop	15,0	9,9
- Spenden	1,8	4,2
- Übrige Erträge	6,3	2,2

Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (1.146,4 Tsd. EUR) um 192,2 Tsd. EUR auf 1.338,6 Tsd. EUR. Die Erhöhung betrifft insbesondere erhöhte Aufwendungen für bezogene Waren im Zusammenhang mit Maßnahmen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich leicht gegenüber dem Vorjahr (17.643,9 Tsd. EUR) um 252,1 Tsd. EUR auf 17.896,0 Tsd. EUR.

Die Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (86,9 Tsd. EUR) um 21,2 Tsd. EUR auf 108,1 Tsd. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 971,1 Tsd. EUR verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (991,3 Tsd. EUR) um 20,2 Tsd. EUR. Sie betreffen im Einzelnen Aufwendungen für Fortbildung (114,6 Tsd. EUR), Mietaufwand (167,9 Tsd. EUR), Fahrzeugaufwendungen (166,7 Tsd. EUR), Rückstellungen Sachkosten (108,1 Tsd. EUR) und Abrechnungsrisiken (37,5 Tsd. EUR), Reparaturen, Wartung und Instandhaltung (159,0 Tsd. EUR), Beratungs- und Prüfungskosten (68,4 Tsd. EUR), Buchführungs- und Lohnrechnungskosten (40,9 Tsd. EUR), Versicherungen, Beiträge und Gebühren (30,0 Tsd. EUR), Raumkosten (36,1 Tsd. EUR), Bürobedarf (14,9 Tsd. EUR) und sonstige Aufwendungen (27,0 Tsd. EUR).

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge wurden in 2002 in Höhe von 49,5 Tsd. EUR erzielt (Vorjahr 44,3 Tsd. EUR).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 62,0 Tsd. EUR (Vorjahr 53,2 Tsd. EUR) betreffen Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus Maßnahmeabrechnungen (unter der Bilanzposition sonstige Rückstellungen ausgewiesen). Im Einzelnen handelt es sich in Höhe von 41,9 Tsd. EUR um Rückstellungen für Zinsaufwand Radwegbau und in Höhe von 20,1 Tsd. EUR um eine Rückstellung für die Verzinsung von in Vorjahren nicht zeitnah ausgegebenen Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit. Für das Projekt Radwege wurde gegen den Schlussbescheid des Arbeitsamtes Widerspruch eingelegt, dieser ist, trotz mehrmaliger Rückfrage, bisher nicht beschieden.

Die Position Sonstige Steuern in Höhe von 8,7 Tsd. EUR (Vorjahr 9,8 Tsd. EUR) beinhaltet ausschließlich Kraftfahrzeugsteuer.

## **2. Bilanz**

### **Aktiva**

Die Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ weist in 2002 Zugänge von diversen Softwareprogrammen in Höhe von 3,0 Tsd. EUR aus. Nach Absetzung der Abschreibungen für das Geschäftsjahr verbleibt ein Restbuchwert in Höhe von 10,4 Tsd. EUR.

In der Bilanzposition „Sachanlagevermögen“ wurden, wie schon in Vorjahren, die Zuschüsse zu den Anschaffungskosten für Investitionen über (netto) 410 EUR nicht direkt von den Anschaffungskosten gekürzt, sondern als Passivposten (Sonderposten aus Investitionszuschüssen) in der Bilanz erfasst. Dadurch ergibt sich, dass in der Position Sachanlagevermögen die vollen Anschaffungskosten ausgewiesen werden. Diese werden dann planmäßig um die entsprechenden Abschreibungen gekürzt. In gleicher Höhe wird der passive Bilanzposten erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr investierte die Gesellschaft in Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens 101,1 Tsd. EUR. Die Investitionen betreffen dabei im Einzelnen zwei VW T4 Pritsche (23,7 Tsd. EUR), einen Holzhacker AM 140 (16,8 Tsd. EUR), drei Bauwagen (11,9 Tsd. EUR), einen PKW Skoda Fabia (10,1 Tsd. EUR), geringwertige Wirtschaftsgüter unter 410,00 EUR (16,8 Tsd. EUR) sowie sonstige Sachanlagengüter (21,8 Tsd. EUR).

„Vorräte“ werden in Höhe von 18,5 Tsd. EUR (Vorjahr 19,5 Tsd. EUR) ausgewiesen und betreffen den Bestand an Heizöl (4,5 Tsd. EUR) und Möbeln des Möbel-Hausrat-Service (14,0 Tsd. EUR).

Die Position „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ in Höhe von 102,7 Tsd. EUR (Vorjahr 73,1 Tsd. EUR) beinhaltet Ansprüche gegenüber dem Sozial- und Wohnungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg für im Berichtsjahr gegen Anforderungsscheine ausgelieferte Möbel und Haushaltsgegenstände.

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (276,2 Tsd. EUR) um 83,8 Tsd. EUR auf 360,0 Tsd. EUR. Neben den Forderungen aus Zuschüssen gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit (322,7 Tsd. EUR) sowie dem Finanzamt (19,7 Tsd. EUR) werden eine ganze Reihe kleinerer Forderungen ausgewiesen (17,6 Tsd. EUR).

Die Position „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ verminderte sich zum 31.12.2002 im Vergleich zum Vorjahresstichtag (2.763,8 Tsd. EUR) um 298,6 Tsd. EUR auf 2.465,2 Tsd. EUR.

Der aktive „Rechnungsabgrenzungsposten“ verminderte sich im Berichtsjahr (2,7 Tsd. EUR) um 1,3 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr (4,0 Tsd. EUR).

## Passiva

Die unter dem Eigenkapital ausgewiesene Bilanzposition „Zum Verlustausgleich erhaltene Einzahlungen des Gesellschafters“ stellt sich unter Berücksichtigung des Stadtratsbeschlusses vom 14.11.2002 und dem entsprechenden Gesellschafterbeschluss vom 21.01.2003 zum Jahresabschluss 31.12.2001 wie folgt dar:

Stand am 01.01.2002	4.093.952,30 EUR
abzüglich	
- Verrechnung Jahresfehlbetrag 2000	2.104.237,60 EUR
zuzüglich	
- in 2002 geleistete Vorauszahlungen auf den Jahresfehlbetrag 2002	2.121.582,31 EUR
abzüglich	
- Umbuchung der Differenz aus Jahresabschluss 2002 und den erhaltenen Einzahlungen zum Verlustausgleich 2002 in die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter“	<u>34.199,26 EUR</u>
Stand am 31.12.2002	<u>4.077.097,75 EUR</u>

Die Bilanzposition „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ in Höhe von 293,7 Tsd. EUR (Vorjahr 297,7 Tsd. EUR) beinhaltet die erhaltenen Sachkostenzuschüsse für Vermögensgegenstände über (netto) 410 EUR Anschaffungskosten. Diese Zuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer und als Gegenposten zu den Abschreibungen bzw. den erfolgten Anlagenabgängen ertragswirksam aufgelöst.

Unter Berücksichtigung der Zugänge, Abschreibungen und Anlagenabgänge ergibt sich folgende Entwicklung:

Stand am 01.01.2002	297.662,37 EUR
Zuführung in 2002	87.384,48 EUR
planmäßige Abschreibungen und Auflösung durch Anlagenabgänge	<u>91.373,08 EUR</u>
Stand am 31.12.2002	<u>293.673,77 EUR</u>

Die „Sonstigen Rückstellungen“ weisen im Berichtsjahr eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr (848,6 Tsd. EUR) um 155,0 Tsd. EUR auf 1.003,6 Tsd. EUR aus. Im Einzelnen werden zum 31.12.2002 Rückstellungen aus Maßnahmeabrechnungen (674,9 Tsd. EUR), Urlaubsverpflichtungen (123,0 Tsd. EUR), Abschluss- und Prüfungskosten (61,0 Tsd. EUR), Umlage Konkursausfallgeld (44,0 Tsd. EUR), unterlassener Instandhaltung (76,8 Tsd. EUR) und ausstehenden Rechnungen (16,0 Tsd. EUR) sowie sonstige Rückstellungen (7,9 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Erhaltene Anzahlungen vom Gesellschafter“ weist zum 31.12.2002 einen Betrag in Höhe von 153,8 Tsd. EUR (Vorjahr 206,9 Tsd. EUR) aus und betrifft vom Gesellschafter für Projekte und Anschaffungen geleistete Anzahlungen.

„Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 75,3 Tsd. EUR ausgewiesen. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 57,4 Tsd. EUR.

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter“ entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Stand am 01.01.2002	432.527,64 EUR
abzüglich erfolgte Rückzahlung an die Stadt im Berichtsjahr (für 2000) gemäß SR-Be- schluss vom 11.04.2002	247.646,43 EUR
zuzüglich nicht verrechenbare Zuschüsse im Berichtsjahr	<u>34.199,26 EUR</u>
Stand am 31.12.2002	<u>219.080,47 EUR</u>

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (1.490,3 Tsd. EUR) um 16,6 Tsd. EUR auf 1.473,7 Tsd. EUR. Sie beinhaltet Löhne und Gehälter, Sozialversicherungsbeiträge sowie Lohn- und Kirchensteuer für den Dezember 2002, die erst im Januar 2003 ausgezahlt bzw. abgeführt wurden.

### **3. Zusammenfassung**

Der geprüfte Jahresabschluss 2002 wurde in der Verwaltungsratssitzung am 27.08.2003 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss festzustellen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.087.383,05 EUR mit den als Vorauszahlungen gewährten Liquiditätshilfen der Landeshauptstadt Magdeburg zu verrechnen und die nicht verrechneten Zuschüsse des Gesellschafters in Höhe von 34.199,26 EUR an den städtischen Haushalt zurückzuführen. Weiterhin empfiehlt der Verwaltungsrat den Gesellschaftern, die Geschäftsführung und den Verwaltungsrat der AQB für das Geschäftsjahr 2002 zu entlasten und die WIBERA Wirtschaftsberatung AG zum Abschlussprüfer für das Jahr 2003 zu bestellen.

Die Beteiligungsverwaltung schließt sich den Empfehlungen des Verwaltungsrates an.

Das Prüfungsergebnis 2002 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlage beigefügt. Des Weiteren ist ein Auszug aus dem Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 27.08.2003 beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache in der Abteilung Beteiligungsverwaltung der Stadtkämmerei eingesehen werden.

#### Anlagen

Zusammenfassung des Prüfberichtes mit Bestätigungsvermerk

Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung

Lagebericht

Auszug a. d. Protokoll d. Verwaltungsratssitzung vom 27.08.2003